Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 82. Abendblatt. Dienstag den 18. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Am Sonnabend trafen von den sämmtlichen Feld- und Festungs-Artillerie-Regimentern abkommandirte Offiziere und Unteroffiziere in Berlin ein, Behufs Theilnahme an dem mit dem gestrigen Tage begonnenen, bis Ende Juni dauernden Lehrkursus bei der Artillerieschießschule.

— Um die älteren Kavallerieoffiziere des stehenden Heeres ebenfalls mit dem Dienstbetriebe auf dem Militär-Reitinstitute in Hannover vertraut zu machen, und deren eventuelle Verwendbarkeit für die höheren Stellen des genannten Instituts feststellen zu können, soll dem letztern künftig abwechselnd stets ein Stabsoffizier der Waffe, auf die Dauer von einem Jahre, zugetheilt werden.

— In dem Bereich des Ingenieurkorps werden für diesen Sommer größere Uebungen vorbereitet. Während des Monats Juli findet bei Graudenz ein Pontonier-Manöver statt, zu welchem die Pionier-Bataillone des Garde-, 1., 2., 5. und 6. Armeekorps herangezogen werden. Diesem schließt sich an während der Monate August und September eine große Sappeur-Uebung bei Koblenz unter Theilnahme des Pionierbataillons Nr. 8, sowie der Sappeurkompagnien der Pionierbataillone Nr. 7, 10 und 11 aus Deutz, Minden und Mainz. Beiden militärischen Schauspielen wird dem Vernehmen nach der König auf einige Tage beiwohnen.

(Entgegnung.) Der Aufenthalt und das erfolgreiche Wirken der Frau Gräfin Stolberg, Oberin des Berliner Krankenhauses Bethanien, in der Stadt Rhein, haben zu unserm tiefsten Bedauern eine, wie man annehmen darf, tendenziöse und absichtliche Entstellung der Wahrheit hervorgerufen, welche nicht nur in einem Provinzialblatte, sondern auch in verschiedenen Berliner Zeitungen Aufnahme gefunden hat. Es wird nämlich behauptet, die Gräfin Stolberg wäre mit hier fungirenden Aerzten in erhebliche Zerwürfnisse gerathen, wobei eine sogenannte fromme Richtung von Seiten der Gräfin maßgebend gewesen sein soll. Die Unterzeichneten, welche sämmtlich Gelegenheit hatten, die wohlwollenden und menschenfreundlichen Absichten, sowie die nach allen Seiten hin anerkennungswerthe Wirksamkeit der hohen Frau kennen zu lernen, finden sich zu folgender Erklärung veranlaßt: Während der Anwesenheit der Gräfin Stolberg in Rhein befand sich die Stadt ohne jegliche ärztliche Hülfe, indem die beiden kurz vorher hier beschäftigten Aerzte am Typhus schwer erkrankt darniederlagen. Ein anderer Arzt ist zur Zeit des Aufenthalts der Gräfin am hiesigen Orte nicht eingetroffen, somit kann selbstverständlich von einem Zerwürfnisse mit Aerzten nicht die Rede sein. Um so mehr muß eine in gehässiger Weise von der „Tribüne" (Nr. 17) verbreitete Mittheilung befremden, nach welcher die Gräfin mit mehreren Aerzten konferirt hätte, von denen der eine als Jude, die übrigen als junge Männer bezeichnet sind. Ohne noch andere Erfindungen hier zu erörtern und in Erwägung zu ziehen, bemerken wir nur, daß das Erscheinen der Gräfin Stolberg ein für sämmtliche Bewohner der Stadt Rhein willkommenes und erwünschtes gewesen ist, welches in seinen wohlthätigen Folgen die Unterzeichneten zu innigem und besonderem Dank der hohen Dame gegenüber verpflichtet. Leider ist die Gräfin unmittelbar nach ihrer Rückkunft von Rhein in Bethanien am Typhus schwer erkrankt, welche Erkrankung eine ausschließliche Folge der aufopfernden Thätigkeit und des täglichen Umgangs mit den Kranken hierorts sein dürfte. — Die Unterzeichneten haben einstimmig den Beschluß gefaßt, den Gefühlen der Dankbarkeit in einer an die Gräfin zu richtenden Adresse Ausdruck zu verleihen. In Betreff der drei hier zurückgebliebenen barmherzigen Schwestern führen wir an, daß denselben die Wartung von drei Lazarethen anvertraut ist, bei welchen sie im besten Einvernehmen mit den gegenwärtig dirigirenden Aerzten durch liebevolle und umsichtige Behandlung der Kranken ihrem edeln und schweren Beruf nachgekommen sind. Bereits sind indeß auch von diesen in Folge der großen Anstrengung zwei von der Seuche betroffen. Die mitunterzeichneten Aerzte können über die Leistungen dieser Schwestern sich nur lobend und mit Anerkennung aussprechen. Rhein, den 15. Februar 1868. v. Lyszka, Ritter des Johanniter-Ordens. Faber, Bürgermeister. v. Liebermann, Hauptmann. v. Hamilton, Partikulier. Moneta, Kaufmann. Hofer, Kaufmann. Bielitz, Kreis-Landrath. Anders, Pfarrer. Nagel, Kaufmann. v. Herrmann, Prediger. Dieck, Lehrer a. D. Leonharty, Fabrikbesitzer. Kuehl, Gutsbesitzer. Dr. Krieger, pr. Arzt. Kugler, Gutsbesitzer. Hassenwinkel Fabrikbesitzer. Dembowski, stellvertr. Arzt. v. Przyborowski, Hauptm. Stenzler-Lawken, Domainen-Pächter. A. Dreyer, Partikulier. Stadie, Gutsbesitzer. M. Leyden, Ober-Steuer-Kontr. (Die Gräfin ist, wie bereits mitgetheilt, inzwischen schon gestorben.)

— Am 14. d. M. verstarb in Koblenz der General der Infanterie a. D. Karl Moritz Ferdinand v. Bardeleben, in seinem 91 Lebensjahre, nachdem ihm seine Gattin vier Tage zuvor vorangegangen. Des Verstorbenen Sohn ist der Regierungspräsident v. Bardeleben in Koblenz.

— Das achte Gaben-Verzeichniß des Hülfs-Vereins für Ostpreußen weist eine Gesammtsumme von 467,652 Thlr. auf.

— Vom deutschen Volks-Verein in Wien ist ein Aufruf zu Beiträgen für die Nothleidenden in Ostpreußen ergangen. Derselbe schließt mit folgenden Sätzen: Mitbürger! Der deutsche Volksverein in Wien eröffnet eine Sammlung für die ostpreußischen Brüder und richtet an Euch den Ruf um Beiträge im Namen der Menschlichkeit und der nationalen Ehre! Kein Almosen, eine That der Pflicht gegen unsere Nation ist es, was von uns geheischt wird! Seien wir eingedenk, daß Deutschland auf uns blickt, erwartungsvoll ob unseres Verhaltens gegenüber einem unverschuldeten Unglücke, welches heute einen deutschen Volksstamm betrifft, der gestern — ohne seine Wahl — gegen uns mit in Waffen stand und der gastfreundlich einst jene überzeugungstreuen Salzburger bei sich aufnahm, welche ein finsterer Glaubenseifer aus ihren Bergen in die Fremde trieb. Beweisen wir vor dem auf unsere Zwietracht rechnenden Auslande, daß das deutsche Volk Eins geblieben ist und bleiben wird, trotz der Waffengänge seiner Fürsten gegen einander, trotz der Stürme, die es durchbrausten, daß Oesterreich nicht blos das Land des „Peterspfennigs", sondern auch des „Zinsgroschens" ist, der einem hungernden Bruderstamme gebührt. Sorgen wir dafür, daß im deutschen Volke das Bewußtsein erstarke, daß ein Prager Friede wohl die Grenzpfähle Deutschlands verrücken, aber die Kette der Solidarität nicht zerreißen konnte, welche für ewig das deutsche Volksthum umschließt. Gebe Jeder nach seiner Kraft.

— Der erste Kongreß norddeutscher Landwirthe wurde gestern Vormittag nach 10 Uhr im Saale des englischen Hauses hierselbst durch den Vorsitzenden des Comités, Rittergutsbesitzer v. Saenger-Grabowo, mit einer Ansprache eröffnet, die folgendermaßen schloß: Die großartige Umgestaltung in den politischen Zuständen unseres gemeinsamen Vaterlandes drängte unabweislich und unwiderstehlich auch auf dem Gebiete der Volkswirthschaft zu neuen Formen, zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Eröffnung neuer und breiterer Wege auch für das wirthschaftliche Leben des Volkes. Daß die Landwirthschaft sich der Erkenntniß dieser in vieler Beziehung wesentlich veränderten Lage der Dinge, diesen neuen und bedeutungsvollen Impulsen nicht entziehen kann, ohne Schädigung ihrer materiellen Interessen, daß sie sich ihnen gegenüber nicht unthätig und gleichgültig verhalten darf, ohne Schädigung der ehrenvollen Aufgabe ihres Berufes, darüber wird in dieser verehrten Versammlung ein Zweifel wohl nicht bestehen. Es liegt einmal in der Natur der Dinge, daß die Landwirthschaft die sicherste und unentbehrlichste Grundlage für das Leben der bürgerlichen Gesellschaft und der Staaten bildet, daß in ihr die Kraft vorhanden ist, das einflußreichste Moment für die sociale und politische Entwickelung der Nationen zu sein. Thun wir das Unsrige, um nicht hinter den naturgemäßen Bedingungen unseres Berufes mit unserem Wissen, Wollen und Können zurückzubleiben und lassen Sie uns denn in diesem Sinne an unser Werk gehen. — Demnächst theilte der Vorsitzende mit, daß sich schon nahe an 300 Mitglieder in die Liste haben einzeichnen lassen, und die Zahl derselben noch im fortwährenden Steigen begriffen sei. Die Sitzungen des Kongresses werden im Saal des englischen Hauses stattfinden, wo auch das Bureau des Kongresses errichtet ist. — Darauf erstattete der erste Schriftführer des Comités für den Kongreß, Dr. Wilckens, den Bericht des geschäftsführenden Vorstandes über die den Kongreß vorbereitenden Angelegenheiten. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage der Geschäftsordnung des Kongresses. Es liegt als solche ein Statut-Entwurf zur Berathung vor. Nach längerer Diskussion über die Geschäftsordnung wurde ein Antrag des Dr. Wilckens angenommen, die Artikel 5, 6, 7 und 8 des Statuts, als Geschäftsordnung anzunehmen und zur Berathung des Statuts sodann auf Antrag der Herren v. Wedell und Jüssen beschlossen, eine Kommission zu wählen, in der die verschiedenen Landestheile des norddeutschen Bundes möglichst gleichmäßig vertreten sind. — Nach kurzer Unterbrechung erfolgte die Wahl des ersten Vorsitzenden, bei welcher Hr. v. Saenger-Grabowo mit 116 von 154 Stimmen gewählt wurde. Derselbe nahm die Wahl dankend an.

— Ueber die Welfendemonstration entnehmen wir einer vom 15. Februar datirten Leipziger Korrespondenz folgende Mittheilungen: „Seit gestern Abend langen mit jedem Zuge von Magdeburg aus Hannoveraner hier an und sind bereits in sämmtlichen Gasthöfen von dem hier anwesenden hannoverschen Comité die Zimmer bestellt. Die Ankommenden werden von dem am Bahnhofsgebaude der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn aufgestellten Comité je nach Zahl der vorhandenen Zimmer in den einzelnen Gasthöfen durch Dienstmänner nach denselben hindirigirt. Bis jetzt, 3 Uhr Mittags, beträgt die Zahl der Angekommenen bereits über 1500 Personen beiderlei Geschlechts und sind dieselben mit Billeten, worauf der Name Karl Witte als Empfänger von 13 Thlr. 5 Sgr. und der Firmastempel von C. P. Sonntag in Hannover gedruckt stehen, versehen, und berechtigen dieselben zur Fahrt in 3. Wagenklasse von Braunschweig nach Wien und bis zum 25. Februar wieder zurück, von Leipzig aus nach Wien per Extrazug der Leipzig-Dresdener Eisenbahn am Sonntag, den 16. Februar, 7 Uhr Morgens. Die hiesige Polizeiverwaltung hat die Gasthofs- und Logisbesitzer angewiesen, ausnahmsweise jeden heute ankommenden Fremden sofort auf dem Polizeiamte anzumelden. Die meisten ankommenden Hannoveraner sind nach den Fremdenbüchern Restaurateure, Wirthe, Metzger, Bäcker, Schuhmacher, Oekonomen, Hofbesitzer rc. und machen sich in den hiesigen Lokalitäten durch laute Bemerkungen über ihre gegenwärtige Lage auffallend."

Berlin, 17. Februar. (Herrenhaus.) 12. Sitzung. Präsident Graf Eberhard zu Stolberg Wernigerode theilt mit, daß das Staatshaushaltsgesetz aus dem Abgeordnetenhause herübergekommen und der Budgetkommission überwiesen worden. — Es wird darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Spezialdiskussion über die in Folge der Anträge v. Below, v. Frankenberg und Graf Rittberg vorgeschlagenen Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des ersten Absatzes des Art. 84 der Verfassung und betreffend den Schutz gegen den Mißbrauch der Redefreiheit der Landtagsmitglieder ist. Zunächst wird die Spezialdiskussion eröffnet über die §§. 1 und 2 des Amendements Blömer. Dieselben lauten: „§ 1. Kein Mitglied des Landtags der Monarchie darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung desjenigen Hauses, zu welchem es als Mitglied gehört, zur Verantwortung gezogen werden. §. 2. Dagegen hat jedes Haus das Recht und die Pflicht, außer den dem Präsidenten des Hauses zur Handhabung des Geschäftsganges und der Disziplin geschäftsordnungmäßig übertragenen Befugnissen (Art. 78 der Verfassung) auf Anträge der im §. 4 bezeichneten Art, solche Aeußerungen auch seiner unmittelbaren Beurtheilung zu unterstellen, und sie, sofern es den Antrag begründet findet, für unrichtig, für unpassend, für Beides zugleich, oder für unwürdig zu erklären." — Herr Blömer: Es wird meinem Antrage vorgeworfen, daß die Repression gegen den Mißbrauch der Redefreiheit den Charakter der Strafe nicht habe. Das Wort Strafe kommt allerdings nicht vor, aber in der Sache ist die auferlegte Strafe härter, als die vom Strafgesetzbuche über Verleumdungen verhängte Strafe. Es ist härter, wenn die Landesvertretung einem Mitgliede sagt, die und die Aeußerungen sind nicht richtig, sind unwürdig gewesen, als wenn der Richter eine Geldstrafe festsetzt. Ich weise übrigens auf die Reichsverfassung vom 28. März 1849 §§. 114 und 120, sowie auf die §§. 112 und 118 der Erfurter Unionsverfassung hin. Redner widerlegt nach und nach alle gegen seinen Antrag erhobenen Einwürfe. Das Bedenken gegen den Ausspruch der Unwürdigkeit, sagt Herr Blömer, theile ich vollkommen, aber derselbe findet sich bereits in den beiden soeben erwähnten Verfassungen, von denen man doch nicht sagen kann, daß sie die Freiheit und die Rechte der Landesvertretung unterschätzt haben. Stahl fordert auch neben einer freien Presse das freie Wort in beiden Häusern des Landtags und Herr v. Senfft-Pilsach sagte früher, es gehöre wesentlich zum Charakter des Herrenhauses, für Recht und Freiheit einzutreten. Darum, meine Herren, stimmen Sie meinem Antrage bei.

Herr v. Below: In den ersten beiden Paragraphen beider Anträge, die übrigens in einem gewissen Zusammenhange stehen, sind die entscheidenden Grundsätze ausgesprochen; wir legen die Entscheidung in ein Kollegium, Herr Blömer in die Majorität des Landtags. — Das ist theoretisch ein unwesentlicher, praktisch ein sehr wesentlicher Unterschied. Wie soll denn der Verleumdete zu seinem Rechte kommen? Ist die Privatperson sicher, im Hause Freunde, Vertheidiger zu finden? Hierbei kommen immer Leidenschaften ins Spiel: Antrag Blömer appelirt also an aufgeregte Zustände, wir dagegen appelliren an das geschärfte richterliche Gewissen; jener appellirt an die Oeffentlichkeit, wir vermeiden sie. — Hr. Hausmann: Die Ansichten über Art. 84 gehen so weit auseinander, daß eine endliche Regelung dieser Angelegenheiten unabweislich geworden ist. Man kann nicht absichtliche Entstellungen, Unwahrheiten, Verleumdungen aussprechen, ohne daß sie auf den Verleumder selbst zurückfallen, sie kommen im Lande gewiß nicht vor. Wie dringend Abhilfe der auch hier erkannten unerquicklichen Zustände nöthig ist, zeigt der Prozeß Twesten; durch Annahme des Blömerschen Antrages aber werden verleumderische Aeußerungen unmöglich gemacht. Preußen ist berechtigt, zu verlangen, an der Spitze Deutschlands zu stehen. Was würden wir für ein Armuthszeugniß dem preußischen Volke ausstellen, wenn wir seinen Vertretern die Redefreiheit verschränkten, während sie in Oesterreich zugestanden ist. — Die Diskussion ist geschlossen. — Referent v. Kleist-Retzow: Wir denken nicht daran, die Redefreiheit zu kürzen. Das Prinzip des Blömerschen Antrages ist das der Souveränetät des Landtages, das sich einst Bahn bricht, alle Hemmnisse beseitigt und nicht ohne weittragende Bedeutung. Das Prinzip bei Art. 84 bei dem Artikel von dem Budgetrecht angewandt, kann von dem Herrenhause nicht gut geheißen werden, obgleich nicht zu leugnen, daß an der Bestimmung wegen des Budgetrechts bereits gerüttelt ist; der Blömersche Antrag würde den jetzigen Zustand verschlechtern, setzt an die Stelle des öffentlichen Rechts das Privatrecht. Ich bitte Sie, die §§ 1 und 2 des Antrags Blömer abzulehnen. — Die §§ 1 und 2 dieses Antrags werden abgelehnt, der Antrag ist damit gefallen und das Haus geht auf die Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Kommission über, welchen Graf Rittberg befürwortet.

Herr Tellkampf betont, daß es sich hier darum handelt, ob der preußische Landtag künftig eine mit der Regierung gleichberechtigte, oder eine derselben untergeordnete Stellung einnehmen soll; die heutige Abstimmung werde diese Frage entscheiden. — Herr v. Below hebt hervor, daß der Wortlaut des Art. 84 eine Verfolgung innerhalb des Hauses nicht ausschließt. Nach kurzen Einwendungen des Herrn v. Bernuth und nochmaliger Vertheidigung des Entwurfes Seitens des Referenten v. Kleist-Retzow wird §. 1 (Bildung des Landtagsgerichts) bei Namensaufruf mit 65 gegen 55 Stimmen verworfen. Dagegen stimmten u. A. Herzog von Ratibor, Freiherr v. Rothschild, Fürst Salm-Reifferscheidt, Graf zur Lippe, von der Schulenburg, Graf Solm-Rödelsheim, Graf Stolberg-Roßla, v. Waldaw-Reitzenstein, v. Waldaw-Steinhövel, Zachariae, v. Alvensleben, Bechmann, Fürst Bentheim-Steinfurt, v. Bernuth, v. Brandt, Graf Brühl, Camphausen, v. Diergart, v. Flemming, Graf Fürstenberg, Herzog von Ujest, Hohmeyer. — Hiermit ist eine Weiterberathung der Kommissionsvorschläge unnütz geworden; der erste Gegenstand der Tagesordnung ist erledigt. Es folgt die Berathung über die vom Abgeordnetenhause zum Entwurfe über die Anstellung im höheren Justizdienst getroffenen Abänderungen. Die Kommission beantragt den Zusatz, der von der Gleichstellung der Qualifikation die Fälle der Versetzungen in dem Wege der Disziplinarstrafe ausschließt. — Minister Leonhardt wiederholt die bereits im Abgeordnetenhause entwickelten Ansichten über die Nothwendigkeit des Strafmittels der unfreiwilligen Versetzung. — Herr v. Bernuth schließt sich den Anschauungen der Majorität des Abgeordnetenhauses an und vertheidigt den Zusatz. Minister Leonhardt bedauert, dem Amendement nicht beistimmen zu können und motivirt diesen Entschluß im Interesse der Gleichstellung der Justizbeamten vor dem Gesetze. — Bei der Abstimmung nimmt das Haus Alinea 1 des §. 1 mit der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Modifikation an, verwirft aber das Alinea 2 (den Zusatz des Abgeordnetenhauses). Der Entwurf geht also nochmals ins andere Haus. — Das Gesetz wegen Uebernahme einer Zinsgarantie für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Gera über Saalfeldt nach Eichicht wird sodann ohne Weiteres genehmigt und es folgt die Berathung über Petitionen, welche überall nach den Anträgen der Kommission, d. h. durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden, nur die letzte, von dem Kulturingenieur Toussaint eingereicht und dahin gerichtet, die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes zu veranlassen, wonach der Landeskultur und Kreditgesellschaften auf 10 Jahre eine Garantie von 4 pC. Zinsen für ausgeliehene Kapitalien Seitens des Staats gewährt werde, wird der Regierung überwiesen. Nächste Sitzung: Morgen, Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Abfindung für die Depossedirten.

Stuttgart, 17. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Gesetzentwürfe über die Gerichtsorganisation, die Civilprozeßordnung und das Strafverfahren nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen. Die in der ersten Berathung beschlossene Ueberweisung der Preßprozesse, welche wegen Beleidigung fremder Fürsten angestellt werden, an die Schwurgerichte, wurde verworfen.

München, 16. Februar. Bei dem baierischen Unterstützungs-Comité für die Nothleidenden in Ostpreußen sind bis zum 10. Februar eingegangen 31,090 fl.; durch den Kassirer Angelo Knorr an Kommerzienrath Stephan in Königsberg abgesandt 31,090 fl.; auch sind einige Naturalien eingegangen und ebenfalls nach Königsberg gesandt worden. Das hiesige Comité zur Linderung der Noth in Ostpreußen erhielt aus Berlin, 9. Februar, folgendes Schreiben: „Der Königlich preußische Gesandte Freiherr v. Werthern hat mir von dem erfolgreichen Wirken des zusammengetretenen Comité's zur Linderung der Noth in Ostpreußen, sowie dem bereits erfolgten Abgange bedeutender Geldunterstützungen nach Königsberg Mittheilung gemacht. Von diesen Beweisen echt deutscher Gesinnung habe ich mit lebhafter Genugthuung Kenntniß genommen, und ich kann es mir nicht versagen, dem Comité für die im Interesse der Nothleidenden Ostpreußens in so hohem Grade

bethätigte Wirksamkeit meinen ganz ergebensten Dank auszusprechen. Der Kanzler des norddeutschen Bundes, Graf Bismarck."

Ausland.

Wien, 17. Februar. Die Reichsraths-Delegation hat das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bewilligt. Ein Antrag auf Aufhebung einiger kleineren Gesandtschaftsposten wurde abgelehnt, nachdem sich Freiherr v. Beust gegen denselben ausgesprochen hatte.

Wien, 16. Februar. Die hannoversche Paßangelegenheit wird sowohl diesseits der Leitha wie in Ungarn sehr ernst aufgefaßt. Ungarische Journale nennen sie bereits einen „schwarzen Punkt", der am Horizont der Beust'schen Politik aufsteigt. Die offizielle Erklärung der vorgestrigen „Wiener Abendpost" wußte für die Verleihung von österreichischen Pässen an die im Auslande weilenden Hannoveraner keine Präcedenz anzuführen, sucht dieselbe überhaupt nicht zu rechtfertigen und führt nur die Thatsache an, daß eine in Folge der preußischen Reklamationen angestellte Untersuchung ergeben hat, daß jene im Auslande weilenden Hannoveraner nur durch ein „Hinübergreifen der untergeordneten polizeilichen Behörden über das Maaß des Zulässigen" mit österreichischen Pässen versehen seien. In der Versicherung der „Abendpost", daß das Berliner Cabinet diese Aufklärung „anscheinend mit Befriedigung" aufgenommen habe, sieht man nicht viel Beruhigendes und wünscht lebhaft, daß es der Regierung gelingen möge, jeden Verdacht, daß sie noch an eine „Revanche" für die Vergangenheit denke, zu beseitigen. — Anfänglich sprach man hier davon, daß in Folge dieser Angelegenheit der Polizeidirektor Strobach seines Amtes enthoben sei; jedoch scheint man sich zunächst mit der in der „Abendpost" erwähnten Aufklärung begnügen zu wollen.

Bern, 17. Februar. Da der Austausch der Ratifikationen des zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Baden abgeschlossenen Schifffahrts-Vertrages für den Unter-See und den Rhein von Constanz bis Schaffhausen nunmehr erfolgt ist, so wird jetzt auch dieser Vertrag am 1. März in Kraft treten.

Brüssel, 15. Februar. Der Gesundheitszustand der Kaiserin Charlotte hat sich in der jüngsten Zeit bedeutend besser gestaltet. Der tiefen Erschütterung, welche die Mittheilung von dem Tode des Kaisers auf die Fürstin machte, ist eine günstige Rückwirkung erfolgt. Anfangs waltete die Absicht vor, die Kaiserin blos von dem Tode ihres Gemahls zu unterrichten, und die Art, wie der Kaiser Maximilian seiner Mission das Leben opfern mußte, zu verschweigen, aber der König der Belgier bestand darauf, daß der Kaiserin Alles mitgetheilt werde, und auch die Aerzte scheinen sich der Hoffnung hingeneigt zu haben, daß die tiefe Erschütterung später vielleicht sänftigend und klärend auf das Gemüth der Kaiserin einwirken werde. Diese Erwartung hat sich bisher als richtig erwiesen.

Paris, 15. Februar. Es herrscht hier unter denjenigen, welche nur einigermaßen mit den Regeln des internationalen Rechts und der internationalen Rücksichten vertraut sind, nur Eine Stimme darüber, daß das Berliner Kabinet vollkommen berechtigt dazu sein würde, in Wien sehr ernste Vorstellungen in Betreff der Ertheilung von österreichischen Pässen an die nicht auf österreichischem Gebiete befindlichen hannöverschen „Legionäre" zu machen, welche, gerade deshalb, weil sie im Besitze dieser Pässe waren, an den französischen Grenzen kaum zurückgewiesen werden konnten, selbst wenn die französische Regierung die Absicht gehabt hätt, sie nicht aufzunehmen — was ich sehr bezweifle. Daß die Geschichte von den Agitatoren in der Provinz Hannover ausgebeutet werden wird, um zur Landesflüchtigkeit aufzuhetzen, läßt sich vorhersehen. — Das österreichische Rothbuch liegt seit einigen Tagen vollständig vor uns. Obgleich Herr v. Beust in demselben den Wunsch zur Schau trägt, daß nichts die guten Beziehungen zwischen Wien und Berlin alteriren möge, zieht sich das Gefühl der Verbissenheit gegen Preußen doch wie ein rother Faden durch die Dokumente. In dieser Beziehung hat der „Privatbrief" des Ministers an den Fürsten von Metternich vom 22. März v. J. die ganz besondere Aufmerksamkeit der politischen Männer auf sich gezogen. Die Eile, mit welcher Hr. v. Beust den Botschafter auffordert, nicht zu übersehen (soll heißen, dem Tuilerieen-Kabinete begreiflich zu machen), daß „das Terrain", auf welchem man sich engagire, dem Grafen v. Bismarck ausnehmend vortheilhaft sei, stellt auf das Deutlichste heraus, daß er vor allen Dingen fürchtete, der Krieg werde unter ungünstigen Bedingungen für Frankreich zum Ausbruche kommen. Es handelte sich damals noch um die Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich. Als aufrichtige Freunde können wir Frankreich nicht darin bestärken, die Aktion auf einem Terrain zu lassen, welches ihm, im Falle des Konfliktes, zum Verderben gereichen würde" — weil es dem Grafen v. Bismarck den Vorwand biete, die populären Leidenschaften Deutschlands aufzuregen. Und wenn man dem Herrn v. Beust in Paris noch Dank für seinen Eifer wüßte oder wissen könnte! Doch hierüber schrieb ich Ihnen schon.

Paris, 17. Februar. (Gesetzgebender Körper.) Baron de Janze sucht die Genehmigung zu einer Interpellation nach wegen der von der Regierung verweigerten Einleitung einer Untersuchung gegen den Friedensrichter im Departement Cotes du Nord, welchem Erpressung zur Last gelegt worden ist. Richard vertheidigt bei der darauf fortgesetzten Berathung des Preßgesetzes sein Amendement, wonach die Wahl von Zeitungen für die Veröffentlichung von Gerichtsanzeigen den betheiligten Parteien überlassen bleiben solle. Der Regierungs-Kommissar Jolibois bekämpft dieses Amendement. Die Sitzung dauert fort.

— Man behauptet, daß Graf Sartiges angewiesen worden sei, der päpstlichen Regierung gewisse Vorstellungen zu machen über das Mißverhältniß, welches zwischen der übergroßen päpstlichen Armee und den Finanzen des Kirchenstaates bestehe.

— Die österreichische Konkordatsfrage soll, wie es heißt, von Frankreich als Hebel benutzt werden, um die Idee einer Konferenz zur Schlichtung der römischen Verwicklungen den Mächten plausibler zu machen.

— Der „Etendard" sagt zur Widerlegung einiger deutschen Zeitungen, daß die Ankunft der Hannoveraner in Frankreich die französische Regierung jedenfalls noch unangenehmer überrascht habe, als die preußische, daß auch die Behörden keineswegs erklärt hätten, die Flüchtlinge in Schutz nehmen zu wollen. Dieselben seien vielmehr internirt, ohne daß dieserhalb vorher Seitens der preußischen Regierung Schritte geschehen seien. Das Tuilerieenkabinet habe in Berlin die Erklärung abgegeben, daß in dieser für die Aufrechterhaltung der gegenseitigen guten Beziehungen wichtigen Angelegenheit im Einvernehmen vorgegangen werden müsse. Diese herzlichen, aus freiem Antriebe abgegebenen Erklärungen und die darauf ergriffenen Maßregeln hätten in Berlin auch volle Würdigung gefunden und man könne nicht begreifen, daß deutsche Journale, statt dieses offen zu konstatiren, sich bemühten, die Thatsachen zu entstellen.

Florenz, 17. Februar. Wie es heißt, wird General Lamarmora in einer Mission nach Paris reisen. Anläßlich der Vermählung des Kronprinzen wird für diejenigen Militärpersonen, welche ohne Genehmigung die Grenze überschritten haben, eine Amnestie erwartet.

Florenz, 17. Februar. (Deputirtenkammer.) Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen der Prinzessin Margaretha eine Dotation von 500,000 Fr. zugewiesen wird, und eine zweite, betreffend die Bewilligung des provisorischen Budgets. Der Präsident bemerkte anläßlich dieser letzteren Vorlage, er habe das Vertrauen, die Kammer werde die Budgetberathung im laufenden Monate erledigen und eine weitere provisorische Bewilligung nicht mehr nöthig sein. Darauf wird die Budgetberathung fortgesetzt. Sella hält eine längere Rede über die Verhältnisse der Nationalbank.

London, 17. Februar. Der noch unbegebene Rest der russischen Eisenbahnanleihe für die Linie Orel-Vitebsk, im Betrage von 2,500,000 Pfd. Sterling, soll zum Course von 75 emittirt werden.

Lissabon, 12. Februar. Dem Pariser „Etendard" wird von hier geschrieben, daß die Wahlbewegung in ganz Portugal hohe Wellen treibt. Emeuten sind auf verschiedenen Punkten der Provinzen ausgebrochen. In Villa Nova de Formelicao gab es einen Zusammenstoß zwischen Truppen und dem Volke, welches den Transport von Getreide verhindern wollte. Beide Theile machten von den Schießwaffen Gebrauch; 4 Todte und 15 Verwandete blieben auf dem Platze. In Oporto wurden Meetings von mehreren Tausend Personen abgehalten, welche den Rücktritt des Ministeriums verlangen. In Lissabon endlich wirken die Klubs mit großer Beharrlichkeit; man nimmt dort alle Anträge, welche auf den Sturz des Ministeriums abzielen, beifällig auf. Die Fortschrittspartei hat ein Wahlcomité unter dem Vorsitz des Herrn von Loulé ernannt, und es soll keinem Zweifel unterliegen, daß sie in Lissabon überall den Sieg davon tragen werde.

Shanghai, 20. Januar. Zwischen Micado und den Häuptern der Damios sollen noch immer Uneinigkeiten bestehen. — Der kommandirende Admiral des in japanischen Gewässern befindlichen amerikanischen Geschwaders ist mit dem Flaggen-Lieutenant und der Bemannung eines Bootes, in welchem sich dieselben befanden ertrunken.

Pommern.

Stettin, 18. Februar. In der Zeit vom 24. Dezember v. J. bis 10. Februar d. J. wurden, wie wir s. Z. meldeten, bei verschiedenen hiesigen Kaufleuten Heringsdiebstähle verübt. Als Thäter in vier Fällen gelang es, die hiesigen Arbeiter Alb. Ehmke und Aug. Garbrecht sowie den Arbeiter Wilh. Krüger aus Neu-Torney, ferner auch zu ermitteln, daß das gestohlene Gut von den Dieben an den Handelsmann Karnitt auf Bredower Antheil verkauft war. In der gestrigen Sitzung der Abtheilung für Strafsachen wurden um die des Diebstahls geständigen Arbeiter Ehmke, Garbrecht und Krüger sowie Karnitt, ungeachtet dieser bestritt, von dem unredlichen Erwerb der Heringe Kenntniß gehabt zu haben, wegen Hehlerei zu je 6 Monaten Gefängniß, 1jährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

— Den Lokomotivführern Globig und Hennig nebst Heizern, welche im letzten Kriege zur Dienstleistung mit ihren Maschinen nach Böhmen kommandirt waren, ist, wie der „Starg. Z." mitgetheilt wird, auf allerhöchsten Befehl das Erinnerungskreuz verliehen worden.

— Der Bursche Louis Dittmann, welcher sich bereits wegen eines Diebstahls in Untersuchung befindet, stahl einem hiesigen Kaufmann, bei dem er einige Wochen als Laufbursche konditionirte, aus verschlossenem Kleiderspinde mittelst Nachschlüssels einen seidenen Regenschirm und verschiedene Kleiderzeuge im Gesammtwerthe von ca. 12 Thlr., übergab diese Gegenstände dann seiner Mutter, der sep. Dittmann, und diese wiederum der Arbeiterfrau Gerich, welche die Sachen für einen Spottpreis verkaufte. Der Bursche ist verhaftet, die gestohlenen Gegenstände sind durch die Kriminalpolizei wieder herbeigeschafft und dem Eigenthümer zurückgegeben.

— Gestohlen wurde: aus unverschlossener Küche des Hauses Mauerstraße Nr. 2 ein messingenes Plätteisen mit Bolzen, von verschlossener Bodenkammer des Hauses Rosengarten Nr. 53 durch Ausziehen der Krampe mehrere Kleidungsstücke, einem in den Pommerensdorfer Anlagen wohnenden Schuhmachermeister durch seinen eigenen Sohn verschiedenes Leder, das er dem Schuhmachergesellen Fr. Schubert zum Verkauf übergab. Dieb und Hehler sind verhaftet.

— Der auf Torney wohnhafte Arbeiter Aug. Ellmann hat sich dadurch einer Unterschlagung schuldig gemacht, daß er ein ihm von der verehelichten Schmiedemeister Kasten zum umwechseln übergebenes Thalerstück unterschlug.

— Gestern sind in der Küche am Pladrin 514, im Fürst Blücher 766, auf der Oberwiek 312, Grünhof 239, Neu-Torney 234, in Grabow 244, Bredow 220, auf Bred. Antheil 478, in Züllchow 236, Frauendorff 42, überhaupt 3285 Quart Suppe verabreicht worden.

† **Pyritz**, 17. Februar. Gestern Abend um 8 Uhr brannte es wieder auf der Altstadt Pyritz. Es sind zwei Bauergehöfte mit den dazu gehörigen Speichern total niedergebrannt. Auf welche Art dies Feuer entstanden, ist noch nicht festgestellt.

Anklam, 16. Februar. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung beschloß die Versammlung, die der Stadt Anklam zukommende Grundsteuer-Entschädigung von 1118 Thlr. 12 Sgr. 1 Pf., wie solches die Regierung empfiehlt, dem städtischen Kämmereifond nebst 3jährigen Zinsen zufließen zu lassen.

Kreis Franzburg, 15. Februar. Am 13. d. M. fanden sich an der Kirche zu Prerow die fünf nördlich gelegenen oberen Bogenfenster gewaltsam zertrümmert und fast gänzlich herausgerissen, so daß Bleifassung und Eisenstäbe außerhalb an der Erde lagen — ohne Zweifel ein ruchloses Werk frevelnder Hand der Nacht.

Grimmen, 16. Februar. Heute Vormittag brannte das Wohnhaus und ein Viehhaus des Hofbesitzers Laß zu Splietsdorf ab; die Entstehungs-Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Zingst, 16. Februar. Noch lange nicht sind die Klagen über die letzten großen Ostsee-Ueberfluthungen auf der Insel Zingst, besonders bei Müggenburg, im November und Dezember v. J. verhallt; noch kämpfen die armen Bewohner mit den traurigen Folgen dieser Ueberfluthungen und der daraus entstandenen Noth, die mit jedem Tage größer und fühlbarer wird, da der Mangel der vernichteten Ernährungs- und Unterhaltungsbedürfnisse für Menschen und Vieh immer mehr hervortritt und drückender wird; denn noch hat bis jetzt nichts geschehen können, um die harten Wirkungen des angerichteten unberechenbaren Schadens nur einigermaßen zu entkräften, und die Verunglückten nur in etwas aus ihrer beklagenswerthen Lage zu befreien; da ist die Ostseefluth schon wieder mehrere Male, namentlich aber am 12. d. Mts. Morgens übergetreten und hat einen Theil der Insel bei Müggenburg überfluthet, obgleich kein bedeutender Nordwestwind wehte. Was soll nun erst bei einem neuerdings eintretenden Nordsturm werden? Mit der bangen Sorge um die Zukunft, ohne Erwerb, vereinigt sich nun noch die fortwährende Angst vor der augenblicklichen Gefahr. Möchten doch bald Schritte zur Linderung dieser Nothstände geschehen.

Hypothekenverkehr.

Stettin, 15. Februar. (Hypothekenbericht von H. Bombe.) Das Geschäft in Hypotheken entwickelte sich bei mir in den letzt verflossenen Wochen in recht erfreulicher Weise und habe ich über große Umsätze, vorzugsweise für rheinische und süddeutsche Rechnung zu berichten. Gehandelt wurden hauptsächlich erste Hypotheken auf pommerschen Grundbesitz, wovon ich erste Stellen und pupillarische Sicherheit zu 5 % pari, kleinere Posten unmittelbar hinter der Landschaft zu $5\frac{1}{2}$ und 6 % und noch etwas weiter hinaus zu $6\frac{1}{2}$ % untergebracht habe. — Sehr begehrt sind noch Kapitalien zu 7, $7\frac{1}{2}$ und 8 % pro Anno gegen Sola-Wechsel mit sicherer hypothekarischer Unterlage, letztere ungefähr mit $\frac{3}{4}$ des durch die Grundsteuer ermittelten Werthes abschließend, weil die Banken gegen derartige Geschäfte immer noch eine unnahbare Zurückhaltung beobachten und daher dem Privat-Kapitalisten vielfach Gelegenheit geboten ist, sein Geld jedenfalls sicherer und dabei mindestens eben so vortheilhaft anzulegen, als durch den Ankauf amerikanischer Werthpapiere. — Für hiesige städtische Hypotheken stellt sich der marktgängige Zinsfuß wie folgt. Erste Stellen, im inneren Stadtbezirk, innerhalb der Hälfte der Feuer-Kasse zu 5 % pari, weiter hinaus bis $\frac{2}{3}$ der Feuer-Kasse zu $5\frac{1}{2}$ % und mit $\frac{3}{4}$ der Feuer-Kasse und $\frac{3}{5}$ des durch die Gebäudesteuer ermittelten Reinertrages abschließend zu 6 %. Städtische Hypotheken im äußeren Stadtbezirk sind weniger beliebt und im Verhältniß zu Vorstehendem 1 % höher anzunehmen.

Ich kann hierbei die erfreuliche Thatsache konstatiren, daß die Aufhebung der Zins-Beschränkungen sich schon jetzt für den durch die früheren Wuchergesetze fast kreditlos gewordenen Grundbesitz als eine überaus segensreiche Maßregel herausstellt und der Kredit in unsern kapitalarmen östlichen Provinzen würde sich sehr bald noch viel günstiger gestalten, wenn die Reform in unserer Hypotheken-Gesetzgebung so schleunig wie möglich ins Werk gesetzt würde.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 4 ° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen anfangs höher, schließt matter, loco per 2125 Pfund gelber inländischer 102—106 Rt, weißer 106—110 Rt, bunter 100—103 Rt, ungar. 94—99 Rt, 83—85pfd. gelber Februar $103\frac{1}{2}$, 104, $103\frac{1}{2}$ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 104 Rt bez., $103\frac{3}{4}$ Br.

Roggen anfangs fest, schließt ruhig, loco pr. 2000 Pfd. 79—81 81 Rt bez, Frühjahr 80, $8\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 81, 80 Rt bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 78 Rt, $77\frac{1}{2}$ Rt Gd., Juli-August $73\frac{1}{2}$ Rt nom.

Gerste unverändert, pr. 1750 Pfd. loco 53—56 Rt bez, Frühjahr 69—70pfd. schles. 56 Rt Gd.

Hafer fest und höher, per 1300 Pfd. 39—41 Rt bez., 47—50pfd. Frühj. 40 Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 41 Rt bez.

Erbsen behauptet, loco per 2250 Pfd. 69—72 Rt bez., Frühjahr Futter- 72 Rt bez.

Rappkuchen loco hiesige $2\frac{1}{4}$ Rt bez., Frühjahr $2\frac{1}{6}$ Rt bez.

Wicken loco 61—63 Rt bez.

Rüböl höher bezahlt, loco $10\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ Rt bez., $\frac{5}{12}$ Br., Lieferung $10\frac{1}{4}$ Rt bez., Februar $10\frac{1}{3}$ Rt bez., April-Mai $10\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez., Mai-Juni $10\frac{7}{12}$ Rt bez, September-Oktober $10\frac{3}{4}$ Rt Br. u. bez.

Petroleum $6\frac{3}{4}$ Rt bez.

Leinsaat Rigaer $16\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br., Pernauer 13 Rt Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt bez., mit Faß $19\frac{5}{6}$ Rt, Februar $19\frac{5}{6}$ nom, Frühjahr $20\frac{1}{3}$ Rt Br., $\frac{1}{4}$ Gd, Mai-Juni $20\frac{7}{12}$ Rt Br., Juni-Juli $20\frac{5}{6}$ Rt Br., Juli-August $20\frac{1}{4}$ Rt bez.

Breslau, 17 Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{2}{3}$. Weizen per Februar —. Roggen per Februar $74\frac{3}{4}$, pr. Frühjahr $76\frac{1}{4}$. Rüböl pr. Februar u. Frühjahr $9\frac{5}{6}$. Raps unverändert. Zink ohne Umsatz.

Hamburg, 17. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine ruhig, aber fest. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 180 Bankothaler Br., $179\frac{1}{2}$ Gd., per Februar-März 180 Br., 179 Gd., per Frühjahr 179 Br. u. Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Februar-März $140\frac{1}{2}$ Br., $139\frac{1}{2}$ Gd., pr. Frühjahr 139 Br. u. Gd. Hafer fest. Rüböl animirt, loco $22\frac{3}{4}$, per Mai $23\frac{3}{8}$, per Oktober $23\frac{7}{8}$. Spiritus und Kaffee ruhig. Zink höher gehalten. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 17. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen flau, pr. März $311\frac{1}{2}$, pr. Mai $317\frac{1}{2}$. Raps pr. April $69\frac{1}{2}$, pr. Oktober $70\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $36\frac{1}{4}$, pr. November-Dezember $37\frac{1}{2}$.

London, 17. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen unverändert, nur auserlesene Waare 1 Sh. höher; in fremdem beschränktes Geschäft, australischer und amerikanischer 1 Sh. höher. Bohnen eher theurer. Hafer $\frac{1}{2}$ Sh. höher. Gerste schleppend. Mehl gut gefragt. Talg $42\frac{1}{8}$. Leinöl loco ab Hull $34\frac{1}{8}$.